



• **Unternehmer gegen Unternehmerverband**

Von Oliver Helmstädter

Neu-Ulm Auf die Industrie- und Handelskammer Schwaben (IHK) ist der Unternehmer Georg Honold nicht gut zu sprechen. Sein Vorwurf: Die in den IHKs geregelte Selbstverwaltung der regionalen Wirtschaft verhalte sich geschäftsschädigend. Jetzt will er versuchen, seine „Zwangsmitgliedschaft“ zu kündigen.

Seit zwölf Jahren betreibt die Familie Honold aus Reutti ein Unternehmen für Bau und Betrieb von Windkraftanlagen. Von der IHK fühlt sich der Familienbetrieb „Honold GmbH Windkraftanlagen“ für die Nutzung dieser regenerativen Energieform in „keiner Weise“ vertreten. „Die machen unsere Branche ja auch noch schlecht“, sagt Georg Honold junior. So sei beispielsweise das „12. IHK Umwelt- und Energie-Podium“ in Augsburg im Oktober vergangenen Jahres eine „reine Werbeveranstaltung“ für Atomenergie gewesen. Einer der Vorwürfe: Es seien bei der Veranstaltung „möglicherweise manipulierte“ Bilder von „monströsen“ Windkraftanlagen gezeigt worden, die angeblich die Landschaft verschandeln. Konkret nennt Honold ein Foto „seiner“ Windkraftanlagen aus der Nähe von Ottobeuren. Das Foto verwendete der Memminger Unternehmer Wolfgang E. Schultz in seinem Vortrag. Und seine Meinung zu dem Thema ist klar: „Das Foto ist echt. Ich habe es nicht nötig mit getürkten Unterlagen zu arbeiten.“ Zur Not sei er bereit, dieses Foto notariell prüfen zu lassen. Wolfgang E. Schultz, Vizepräsident der IHK Schwaben, befürwortet den Weiterbetrieb von „sicheren Kernkraftwerken“ bis 2030.

Der Konflikt dreht aber nicht nur um ein Foto: Die Vertretung des „Gesamtinteresses“ der Gewerbetreibenden ist die gesetzlich formulierte Aufgabe der staatlich verordneten Industrie- und Handelskammern. Vater und Sohn Honold beobachten bei der IHK-Schwaben eine Schiefelage zuungunsten kleinerer Firmen, die mit der Nutzung von regenerativen Energien ihr Geld verdienen.

„Einseitig“ pro Kernenergie

Wenn auf Veranstaltungen der IHK verbreitet werde, dass der regenerative Mix Gelder vernichte, die für die Kernenergie verwendet werden könnten, stellen sich bei den Honolds die Nackenhaare auf. Die Haltung der IHK sei einseitig pro Atomenergie. Etwa wenn auf Veranstaltungen die Rede von den „geringsten Energiekosten“ der Kernkraft sei: Fakten über „milliardenteure und gefährliche“ Entsorgung von Atommüll würde bei der Argumentation von IHK-Vertretern kaum eine Rolle spielen. Doch auch dieser Aspekt läge im Gesamtinteresse der schwäbischen Wirtschaft. So steht der Entschluss fest: Georg Honold junior möchte nicht mehr Beiträge für eine Vereinigung zahlen, die „schädlich für eine ganze Branche“ agiere. Per Anwalt will er nun versuchen, die Zwangsmitgliedschaft in dieser „berufsständische Körperschaft des öffentlichen Rechts“ zu kündigen.

Die scharfen Vorwürfe der Honolds möchte Alexander Gundling, der Leiter des Geschäftsfeldes Innovation und Umwelt der IHK Schwaben, nicht gelten lassen. „Wir vertreten das Gesamtinteresse der schwäbischen Wirtschaft.“ Die IHK sei in dieser Funktion weder pro noch kontra Kernkraft. Die Kammer trete aber an, um sich im Interesse aller Gewerbetreibenden für Versorgungssicherheit, also eine ununterbrochene Stromversorgung, einzusetzen.

Dies sei auch im Sinne von Firmen, die mit Windkraftanlagen ihr Geld verdienen. Und in diesem Zusammenhang sei es eine durchaus gängige Meinung in der IHK, dass Atomkraftwerke zur Sicherstellung der Grundlast als „Übergangstechnologie“ weiter eine Rolle spielen sollten.